vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN APRIL 2018

PROBLEME ANPACKEN UND LÖSEN

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender

Wir konnten in den vergangenen Wochen wieder ein altbekanntes Spiel des CDU/CSU-Politikstils erleben: die Selbstinszenierung statt Problemlösung. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass der amtierende Bundesgesundheitsminister, Jens Spahn von der CDU, für alle möglichen Bereiche zuständig ist, bloß nicht für sein eigentliches Ressort: die Gesundheitspolitik. Neben Herrn Spahn gibt es auch noch einen Bundesinnenminister von der CSU, Horst Seehofer, der mit seinen populistischen Forderungen in der Flüchtlingspolitik erpicht darauf ist, jeden Tag Schlagzeilen zu produzieren. Dabei geraten die drängenden Probleme der Menschen, beispielsweise die Frage nach einer Verbesserung der Pflegepolitik, und das drängendste Problem, die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, in den Hintergrund.

Marketing statt Problemlösung ist auch Stil der schwarz-grünen Landesregierung in in Hessen. In den wichtigen Politikfeldern mit den drängendsten Problemen werden gerne Finanzmittel zweimal ausgegeben, Programme mit neuen Namen erfunden, die es schon längst gibt, oder auch, ganz schnöde, Hochglanzbroschüren gedruckt, um magere Ergebnisse in den schönsten Farben unters Volk zu bringen.

Wenn diese beiden Methoden nicht helfen, offenkundige Probleme zu vertuschen, dann endet das oft in Realitätsverweigerung. An diesem Punkt ist nun auch der hessische Kul-tusminister angelangt. Da behauptet Herr Lorz landauf und landab, dass es im schönen Hessenland keinen flächendeckenden Unterrichtsausfall an den Schulen gäbe, obwohl die Landesschülervertretung in einer eigenen Umfrage eben diesen festgestellt hat: An einem einzigen Tag fielen an 97 weiterführenden Schulen rund 1.605 Unterrichtstunden aus, und das obwohl der Kultusminister nach eigenen Angaben selbst über keinerlei Zahlen zu Stundenausfällen verfügt.

Für uns ist klar: Dieses Beispiel ist Ausdruck von 19 Jahren verfehlter Bildungspolitik. Damit muss Schluss sein, und darum geht es bei der Landtagswahl am 28. Oktober dieses Jahres.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG MIT VERTRETERVERSAMMLUNG

9. JUNI, 2018

BEGINN: 10:00 UHR

RHEINMAIN CONGRESSCENTER

FRIEDRICH-EBERT-ALLEE 1
65185 WIESBADEN

ZUKUNFT JETZT MACHEN

19 JAHRE CDU-GEFÜHRTE LANDESREGIERUNGEN SIND GENUG

Wir sind entschlossen, inhaltlich und organisatorisch gut vorbereitet und damit startklar für einen leidenschaftlichen Wahlkampf“, betont Thorsten Schäfer-Gümbel. Bereits im April sind alle hessischen SPD-Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten nominiert worden – die Arbeit kann losgehen. Die zentralen Themen sind gesetzt: Die SPD in Hessen fordert bezahlbaren Wohnraum, gleiche Bildungschancen für alle und Mobilität für ganz Hessen. Damit steht sie für eine Politik, die sich an den Interessen der vielen orientiert, die große Hoffnungen und Ansprüche an aktive Gestaltung haben. Es geht es um die vielen, die eine bezahlbare Wohnung suchen. Um die vielen, die sich durch stundenlange Staus oder in überfüllten Bussen und Bahnen zur Arbeit quälen. Um die vielen, die einen happigen Anteil ihres Einkommens für Kita oder Krippe ausgeben müssen, damit ihre Kinder von guter Betreuung und früher Bildung profitieren können.

Fortsetzung auf Seite 2

WIR GRATULIEREN

Jens Wilhelm, Bürgermeister von Neu-Eichenberg

Bernd Heine, Bürgermeister von Waldsolms

Cornelia Rück, Bürgermeisterin von Schöneck

Dieter Schäfer, Bürgermeister von Lautertal

Eike See, Bürgermeister von Wölfersheim

Ulrike Pfeiffer-Pantring, Bürgermeisterin von Ortenberg

Kristina Paulenz, Bürgermeisterin von Ober-Mörlen

Herbert Unger, Bürgermeister von Florstadt

Norbert Syguda, Bürgermeister von Altenstadt

Peter Feldmann, Oberbürgermeister von Frankfurt

Ralf Gutheil, Bürgermeister von Bad Wildungen

ZUKUNFT JETZT MACHEN

19 JAHRE CDU-GEFÜHRTE LANDESREGIERUNGEN SIND GENUG

Fortsetzung von Seite 1

„Nach fast 19 Jahren CDU-geführten Landesregierungen in Hessen gilt es, die Probleme und Herausforderungen der Zeit endlich anzupacken“, unterstrich Generalsekretärin Nancy Faeser bei einer zentralen Veranstaltung zur Vorbereitung des Wahlkampfes. „Dafür braucht es einen Wechsel in der Staatskanzlei!“ Was die CDU-geführten Landesregierungen in den vergangenen 19 Jahren nicht geschafft haben, das werden sie auch in den nächsten fünf Jahren nicht schaffen. Die SPD hingegen habe den unbedingten Willen, endlich zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger das Zepter des Handelns zu übernehmen und die Landesregierung aus dem Tiefschlaf zu wecken. Wir wollen „Zukunft jetzt machen“, wie auch der Slogan unserer Kampagne lautet. „Wir stehen für bezahlbaren Wohnraum, für moderne Mobilität, Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung. Das heißt auch, dass Hessen vor der Wahl steht: Politik für morgen oder Politik von gestern. SPD oder CDU. Thorsten Schäfer-Gümbel oder Volker Bouffier“, erklärt Faeser.

In den kommenden Monaten werde es darum gehen, alles dafür zu tun, am 28. Oktober die verbrauchte, erlahmte und ideenlose CDU-geführte Landesregierung abzulösen. Dieses Ziel soll durch klare Botschaften, die Herz und Kopf der Wählerinnen und Wähler in Hessen ansprechen, gelingen. „Wir lassen uns keine Diskussionen aufnötigen, sondern wir setzen die Themen. Die Landesregierung läuft uns schon jetzt hinterher: bei Kitas, Mobilität und Wohnen. Alles, was sie jetzt verspricht, hat sie 19 Jahre lang nicht getan. Sie löst nicht die Probleme, sie ist Teil davon“, weiß Schäfer-Gümbel aus jahrelanger Erfahrung nur zu gut. In diesem Jahr soll der Wechsel gelingen, Dutzende Seminare, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und gemeinsame Aktionen sollen darauf hinwirken: Zukunft jetzt machen! ■

JETZT GEHT’S LOS

ZENTRALER WAHLKAMPFAUFTAKT DER SPD HESSEN

Nur wenn alle Zahnräder reibungslos ineinandergreifen, kann eine Wahl erfolgreich bestritten werden. Die Arbeit zwischen Ortsvereinen, Kandidatinnen und Kandidaten, zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, der Parteispitze und den zentralen Organisatoren ist ein lebendiger und wechselhafter Prozess, der transparent koordiniert werden muss. Dazu hat der hessische Landesverband im März alle Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Wahlkampfteams sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer nach Butzbach eingeladen, um die zentralen Werkzeuge des Landtagswahlkampfs 2018 vorzustellen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Vorstellung der Wahlkampflinie, die Fokussierung auf Kernthemen der Kampagne sowie die Bereitstellung zentraler Angebote des Landesverbands. Auch der Slogan der Kampagne „Zukunft jetzt machen“ wurde an diesem Tag den Genossinnen und Genossen vorgestellt. Daran anknüpfend finden in den kommenden Wochen Wahlkampfseminare in allen hessischen Unterbezirken statt. Gemeinsam mit der AfK schult der Landesverband rund um den Wahlkampf. Dabei geht es sowohl darum, den Wahlkampfteams alle Möglichkeiten für ihre Organisation vorzustellen, als auch die Kandidatinnen und Kandidaten fit für den Wahlkampf zu machen. ■

FOTO: SPD-LANDDESVERBAND

Neben 26 Landtagsabgeordneten gibt es in Hessen 29 neue Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten, die sich am 28. Oktober zur Wahl stellen.

WAHLKAMPF JETZT MACHEN

SPD HESSEN UND AFK SCHULEN FÜR DEN LANDTAGSWAHLKAMPF

Der frühe Vogel fängt den Wurm oder macht den Wahlkampf: Die ersten Wahlkampfworkshops sind deshalb bereits gestartet. Insgesamt 21 solcher Veranstaltungen wird es in ganz Hessen bis in den Juni geben. Die Workshops werden gemeinsam von der SPD Hessen und der AfK Hessen durchgeführt. Während des Workshops werden die wichtigsten Werkzeuge vorgestellt, die der Landesverband für die Genossinnen und Genossen zur Verfügung stellt. Ziel ist es außerdem, Einblick in die Optik der Wahlkampflinie zu gewähren und die inhaltlichen Kernthemen des Wahlkampfs vorzustellen. Dabei geht es natürlich auch um die Frage, wie diese am besten vermittelt werden können – sei es beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, am Infostand oder im Bekanntenkreis. ■

14. April, Marburg-Biedenkopf
21. April, Odenwald
28. April, Wiesbaden
28. April, Frankfurt
29. April, Hochtaunus
05. Mai, Waldeck-Frankenberg
05. Mai, Kassel Stadt/Kassel Land
06. Mai, Wetterau
06. Mai, Gießen
06. Mai, Main-Kinzig
12. Mai, Fulda
19. Mai, Rheingau-Taunus
19. Mai, Groß-Gerau
26. Mai, Main-Taunus
27. Mai, Darmstadt/ Darmstadt-Dieburg
02. Juni, Limburg-Weilburg
03. Juni, Lahn-Dill
16. Juni, Schwalm-Eder
16. Juni, Bergstraße
17. Juni, Vogelsberg
17. Juni, Offenbach Land/ Offenbach Stadt

UNSER PROGRAMM ENTSTEHT

MITMACHTAGE UND PROGRAMMDISKUSSION IN HESSEN

Ein Wahlprogramm ist immer auch ein Spiegelbild der Partei", erklärt Nancy Faeser, Generalsekretärin der SPD Hessen. „Es zeigt unsere politische Kultur und die Ideen, die in den Köpfen der Genossinnen und Genossen bestehen." An diesen Gedanken anknüpfend, lud die SPD Hessen alle Mitglieder ein, bei fünf Mitmachtagen in Pfungstadt, Kassel, Stadtallendorf, Mühlheim und Butzbach an dem Entwurf für das Regierungsprogramm 2019 – 2024 mitzuarbeiten. In Kleingruppen, die thematisch an die inhaltlichen Abschnitte des Programms angelehnt waren, wurden Anregungen, Kritik und Ideen zwischen Mitgliedern und Programmverantwortlichen ausgetauscht. Neben den Genossinnen und Genossen wurden auch Expertinnen und Experten, Verbände und Gewerkschaften aufgerufen, den Entwurf zu kommentieren.

Die Ergebnisse der Diskussion von mehreren Hundert engagierten Mitglieder sowie Rückmeldungen institutioneller Träger liegen nun der Programmkommission zur Bearbeitung und Prüfung vor. Diese wird eine überarbeitete Fassung des Programms veröffentlichen, die als Leitantrag auf dem Parteitag am 09. Juni in Wiesbaden den Delegierten zur Abstimmung vorgelegt wird. Im Vorfeld haben dann die Gliederungen die Chance, über Anträge Änderungswünsche, Ergänzungen und Veränderungen vorzunehmen, bevor mit der Abstimmung der Programmprozess abgeschlossen wird. ■

QUELLE: LANDESVERBAND

Fünf Mitmachtage, Hunderte von Genossen – ein Wahlprogramm entsteht.

WICHTIGE TERMINE

17. Mai
Apfelweinanstich in Berlin

9. Juni
Außerordentlicher Landesparteitag mit Vertreterversammlung, Wiesbaden

11. August
Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Butzbach

DIREKTWAHLEN

29.04.2018
Thomas Ihrig möchte neuer Bürgermeister von Oberzent werden

27.05.2018
Michael Antenbrink möchte Bürgermeister in Flörsheim bleiben

Burkhard Scheld möchte Bürgermeister in Herleshausen bleiben

Wolfgang Schuster möchte Landrat im Lahn-Dill-Kreis bleiben

Andreas Hofmann möchte Bürgermeister in Ronneburg bleiben

EINBERUFUNG EINES AUSSERORDENTLICHEN LANDESPARTEITAGS MIT VERTRETERVERSAMMLUNG AM 09. JUNI 2018 MIT TERMIN- UND FRISTENPLAN

Der SPD-Landesvorstand beschließt am 13. März 2018 nach § 5 der Satzung des SPD-Landesverbandes Hessen die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitags und nach § 5a einer Vertreterversammlung i. S. d. Landtagswahlgesetzes zur Aufstellung der SPD-Landesliste für die Wahl zum Hessischen Landtag am 28.10.2018 für

Samstag, 9. Juni 2018, Beginn: 10:00 Uhr
RheinMain CongressCenter
Friedrich-Ebert-Allee 1
65185 Wiesbaden

Als Antragsschluss für Anträge sowie für Änderungsanträge von Gliederungen zum Regierungsprogramm der SPD Hessen 2019-2024 wird der 06.05.2018 festgelegt.
Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen:

A. Außerordentlicher Landesparteitag der SPD Hessen

1. Eröffnung und Willkommen
2. Konstituierung des Parteitags
   a. Wahl des Präsidiums
   b. Genehmigung der Tagesordnung
   c. Genehmigung der Geschäftsordnung (außerordentlicher LPT)
   d. Wahl der Mandatsprüfungskommission
   e. Wahl der Zählkommission
   f. Bestätigung der Antragsprüfungskommission
3. Rede des Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel
4. Regierungsprogramm der SPD Hessen 2019-2024: Einbringung, Beratung von Änderungsanträgen und Beschlussfassung

Unterbrechung des außerordentlichen Landesparteitags

B. Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste der am 28. Oktober 2018 stattfindenden Landtagswahl (Vertreterversammlung im Sinne des Landtagswahlgesetzes)

5. Konstituierung/Wahlen und Benennungen im Sinne des Landtagswahlgesetzes
   a. Versammlungsleiter/-in
   b. Genehmigung der Tagesordnung
   c. Genehmigung der Geschäfts- und Wahlordnung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2018
   d. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
   e. Schriftführer/-in
   f. Zwei Teilnehmer/Teilnehmerinnen zur Unterzeichnung der Niederschrift
   g. Vertrauensperson des Wahlvorschlags und stellvertretende Vertrauensperson und jeweilige Ersatzpersonen
   h. Wahl der Zählkommission
6. Einbringung der Liste
7. Aufstellung der Landesliste und Beschlussfassung Wiedereintritt in den außerordentlichen Landesparteitag

Unterbrechung des außerordentlichen Landesparteitags

8. Fortsetzung Beratung und Beschlussfassung zum Regierungsprogramm der SPD Hessen 2019-2024
9. Beschlussfassung bzgl. der Reihung der hessischen Kandidaturen für die Europawahlen
10. Schlusswort und Ende des Parteitags

Ende der Vertreterversammlung/des Parteitags gegen 17.30 Uhr

WAS KANN SPORT?

8. SPORTFORUM DER SPD HESSEN IN WIESBADEN

Unter dem Motto „Was kann Sport?“ waren am 14. April rund 40 Interessierte und Funktionäre aus dem Sport zum nunmehr achten Sportforum nach Wiesbaden gekommen. „Für uns ist dabei die entscheidende Frage, wie wir Sport stärker in der Fläche verankern können“, begrüßte die stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang die Gäste und leitete damit fünf kurze Impulsvorträge ein, die die wichtigsten gesellschaftlichen und sozialen Funktionen des Sports vorstellten. Durch die Referenten Prof. Dr. Ungerer-Röhrich, Eckhard Cöster, Ute Blessing, Andreas Klages und Nico Mikulic wurde Sport unter anderem als Faktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und im Zusammenhang mit Gesundheit und Zufriedenheit von Älteren diskutiert.

„Wir im Sport bauen auf die Selbsthilfe. Wir wollen jedem die Möglichkeit geben, das einzubringen, was er oder sie einbringen will“, erläuterte Ute Blessing. Sport steigere die Lebensqualität und wirke gleichermaßen integrativ. Nicht zuletzt sei der Sport eine Art Demokratiewerkstatt, in der Räume geschaffen werden können, um zivilgesellschaftliches Engagement zu leben. Mit der diskussionsintensiven und hochkarätig besetzten Veranstaltung der SPD Hessen und der SPD-Landtagsfraktion waren die beiden Vorsitzenden des Sportforums, Franz-Josef Kemper und Michael David, mehr als zufrieden. ■

FOTO: SPD-LANDDESVERBAND

„Sport braucht mehr Kampagnen, um in der Öffentlichkeit präsent zu werden und die Menschen anzusprechen“, so eines der Fazits des 8. Sportforums in Wiesbaden.

VERLEIHUNG DER HOLGER-BÖRNER-MEDAILLIE

VIER PREISTRÄGER IM JAHR 2018

Es ist endlich wieder so weit. Alle zwei Jahre verleiht die hessische SPD die Holger-Börner-Medaille für herausragende Dienste. Sie gilt als höchste Auszeichnung und würdigt die unermüdliche Anstrengung von Genossinnen und Genossen im Kampf für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. In diesem Jahr geht die Medaille an Joachim Albrecht, Hilde Rektorschek, Willi Görlach und Udo Schlitzberger, die mit unerschütterlichem Einsatz für ein besseres und gerechteres Deutschland kämpfen.

Die Mahnung Börners zur eigenen Gestaltungsverantwortung: „Wenn ihr Politik nicht machen wollt, wird sie mit euch gemacht“, spielt bei der Vergabe der Medaille eine zentrale Rolle. Denn die Träger der Holger-Börner-Medaille haben eben solch eine Verantwortung übernommen. Sie setzen sich für unser Land ein, kämpfen und gestalten. Genauso wie der langjährige Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Joachim Albrecht, die Initiatorin der Marburger Kulturloge e. V., Hilde Rektorschek, der ehemalige Minister und Abgeordnete Willi Görlach und der ehemalige Landtagsabgeordnete und Landrat Dr. Udo Schlitzberger, die in diesem Jahr im Rahmen einer feierlichen Verleihung am 23. Mai im Hessischen Landtag mit der Medaille ausgezeichnet werden. ■

QUELLE: ADSD/FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Vergeben wird die Holger-Börner-Medaille in Gedenken an Holger Börner, einem der bedeutendsten Köpfe der deutschen und hessischen Sozialdemokratie

KLAGE GEGEN LANDTAGSWAHLGESETZ

Die SPD-Landtagsfraktion klagt gegen den Neuzuschnitt von 16 der 55 Wahlkreise für die Landtagswahl am 28. Oktober, der von CDU und Grünen trotz massiver Bedenken von Verfassungsexperten durchgedrückt wurde. Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel erläuterte, dass bei einer Wahl alle Stimmen gleich viel Gewicht haben müssten. Dies sei derzeit aber nicht gegeben, weil sich die Zahl der Wahlberechtigten in einzelnen Wahlkreisen stark unterscheide. Wenn man das Wählerverzeichnis der Bundestagswahl auf die Landtagswahl anwende, dann entschieden im Wahlkreis 41 (Main-Kinzig II) rund 100.000 Wahlberechtigte über ein Landtagsmandat, im Wahlkreis 34 (Frankfurt I) aber nur rund 60.000. Damit sei der Verfassungsgrundsatz der Gleichheit der Wahl verletzt, so Schäfer-Gümbel. Er sagte: „Der durchschnittliche Landtagswahlkreis in Hessen hat rechnerisch rund 80.000 Wahlberechtigte. Um das herauszufinden, muss man nur die Zahl der Wahlberechtigten durch die Zahl der Wahlkreise teilen. Und wenn die Zahl der Wahlberechtigten um mehr als 25 Prozent vom Durchschnitt abweicht, dann ist das ein verfassungsrechtliches Problem, das man lösen muss. Das ergibt sich aus dem Grundgesetz und aus der Hessischen Landesverfassung. Leider ist Schwarz-Grün daran gescheitert, das Problem zu lösen.“ Schäfer-Gümbel betonte, dass die problematischen Größenunterschiede bei den Wahlkreisen der Landesregierung spätestens seit 2013 bekannt seien. Aber statt die fünfjährige Legislaturperiode zu nutzen, um eine nachhaltige Neuordnung im Konsens aller Landtagsfraktionen zu planen, hätten CDU und Grüne das Problem bis zum letzten Herbst ignoriert und dann „im Hauruckverfahren an den Wahlkreisen herumgedoktert, ohne sich um Recht und Gesetz zu kümmern“. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, stellte fest: „Die Regierungskoalition und die Landesregierung hätten sich vieles ersparen können, wenn sie wenigstens die aktuellen Zahlen der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen zur Grundlage gemacht hätte. Stattdessen dachte man bei CDU und Grünen, es sei klug, für die Landtagswahl 2018 Zahlen von 2015 heranzuziehen. Dass sich in einem dynamischen Land wie Hessen die Bevölkerungs- und damit die Wählerzahlen in drei Jahren deutlich ändern, hätte man wissen können. Aber man wollte es nicht wissen, deswegen müssen wir nun zum Mittel der Klage greifen.“ Die SPD wird von dem Staats- und Verwaltungsrechtsexperten Prof. Dr. Dr. Martin Will von der EBS Law School unterstützt. ■

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Der Staatsgerichtshof soll prüfen, ob das schwarz-grüne Landtagswahlgesetz verfassungskonform ist. V. l. n. r.: Günter Rudolph, MdL, Prof. Dr. Dr. Martin Will, Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR ALLE

Knapp ein Viertel der jungen Menschen in Hessen besitzt keinen berufsqualifizierten Abschluss. „Wer aber ohne berufsqualifizierten Abschluss bleibt, der arbeitet eher in prekären Beschäftigungsverhältnissen und ist häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Es darf kein junger Mensch ohne eine berufliche Perspektive bleiben“, forderte Lisa Gnadl in ihrer Funktion als ausbildungspolitische Sprecherin und zitierte zudem aus Daten der Bundesagentur für Arbeit, wonach in Hessen Ausbildungsplätze fehlten. Auf eine Bewerberin beziehungsweise einen Bewerber kämen demnach nur 0,86 angebotene Ausbildungsplätze. Hessen stehe mit der Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen im Bundesländervergleich besonders schlecht da. Nur in Nordrhein-Westfalen sei das Angebot unter den westdeutschen Bundesländern noch schlechter. Auch die Zahl der hessischen Betriebe, die ausbilden, sei zurückgegangen. Im Jahr 2016 seien nur noch 19 Prozent aller Betriebe an der Ausbildung beteiligt gewesen. Gnadl fragte in Richtung der Landesregierung: „Wie kann das sein? Wo sind die Erfolge des Bündnisses für Ausbildung, wenn wir im Bundesländervergleich so schlecht dastehen? Wir nehmen das nicht hin! Das muss dringend verbessert werden“, forderte Gnadl. Die schwarz-grüne Landesregierung gebe dabei ein schlechtes Bild ab. So sei die Zahl der Ausbildungsstellen im Landesdienst zwischen 2011 und 2015 um mehr als ein Drittel gesunken. „Sie geben selbst weniger jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung und erhöhen damit zugleich das Risiko, dass dem öffentlichen Dienst selbst ein Nachwuchsproblem droht!“, so Gnadl. „Unsere vordringliche Aufgabe muss sein, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen einen Schulabschluss absolvieren, um dann mit einer Ausbildung oder einem Studium die Möglichkeit zu erhalten, ihr eigenes Leben zu gestalten“, appellierte Gnadl. Daher habe ihre Fraktion ein Konzept erarbeitet, dass die aktuellen Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt umfassend angehe. Das SPD-Papier mit dem Titel „Ausbildung? Garantiert! Unsere Ziele für die Zukunft der Ausbildung“ setze dabei auf neun Bausteine: Eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung an der Schule mit einer Stärkung des Fachs Arbeitslehre und bessere flächendeckende individuelle Beratungsangebote außerhalb der Schulen, damit Jugendliche umfassend über mögliche Berufs- und Karrierewege informiert werden, seien zwei der Maßnahmen. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Lisa Gnadl, MdL

GRAFIK: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Ulrike Alex, MdL

UNKONTROLLIERTE STIFTUNGEN

Nach dreizehneinhalb Monaten ist es der Landesregierung endlich gelungen, die Große Anfrage der SPD zum Thema „Stiftungen in Hessen“ zu beantworten. Schwarz-Grün belege damit eindrucksvoll, wie wenig die Landesregierung in der Lage sei, Transparenz in ihre Nebenhaushalte zu bringen, bemerkte Ulrike Alex, die auch Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst ist. Die nach langem Warten gelieferten Auskünfte offenbarten, dass die beeindruckende Summe von rund 540 Millionen Euro an Landesgeld als Kapital in hessischen Stiftungen angelegt sei. Gut 85 Prozent dieser Mittel wurden in den letzten 19 Jahren von den CDU-geführten Landesregierungen angehäuft. Alex sagte, dass die SPD nun mit Spannung die für den Herbst geplante umfassende Prüfung der hessischen Landesstiftungen durch den Rechnungshof erwarte. Dann werde sich zeigen, welche Stiftungen weitergeführt werden könnten und welche aufgelöst werden müssten. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Dr. Daniela Sommer, MdL

GESAMTKONZEPT FÜR GESUNDHEIT

Die gesundheitspolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, hat die Forderung ihrer Fraktion nach einem Gesamtkonzept zur Sicherung der Gesundheitsversorgung in Hessen bekräftigt. Dies sei aufgrund der gesellschafts- und berufsstrukturellen Veränderungen, des demografischen Wandels, der steigenden Lebenserwartung, medizinischen Innovationen und Veränderungen im Krankheitsspektrum geschuldet. „Wir wollen, dass die schwarz-grüne Landesregierung Verantwortung übernimmt und sich nicht immer wieder auf die Eigenverantwortung der Kreise, Städte und Gemeinde, der Akteure und schließlich der Bürgerinnen und Bürger bezieht und darauf ausruht“, so Sommer. Man benötige innovative Konzepte und eine neue Bedarfsplanung, insbesondere auf die Verteilung der Ärzte und Fachärzte bezogen, um die Unter- und Überversorgung zu regeln. Die derzeitigen Zahlen bilden die Versorgung nicht detailgetreu ab“, sagte die Gesundheitsexpertin. ■

RETTER ÜBER DEN DÄCHERN

Sein jüngster Praxistag hat Thorsten Schäfer-Gümbel zur Luftrettung bei den Johannitern in Gießen geführt. „Das Engagement der Männer und Frauen in der Luftrettung ist in der Luft wie am Boden sehr groß. Viele Hinweise, wie die Rettungsdienste besser unterstützt werden können, habe ich auch mitgenommen. Danke an die Gießener Kollegen der Johanniter Luftrettung für einen unvergesslichen Einblick in den Alltag“, sagte Schäfer-Gümbel beeindruckt von dem Erlebten. ■

FOTOS: PETER JÜLICH

SCHWARZ-GRÜN MACHT WOHNEN TEURER

Sowohl den Hessischen Landtag als auch das Landgericht Frankfurt beschäftigte in den vergangenen Wochen das Thema bezahlbarer Wohnraum. Zunächst wurde bekannt, dass das Land Hessen selbst Preistreiberei, die zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum keineswegs beiträgt, betreibt. Anlass war der Verkauf des ehemaligen Polizeipräsidiums Frankfurt für über 212 Millionen Euro. Statt dringend notwendige Flächen für bezahlbares Wohnen günstig zur Verfügung zu stellen, habe sich das Land wie ein Bodenspekulant verhalten. „Damit ist die Landesregierung für horrende Mieten und Kaufpreise mitverantwortlich. Wie sollen sich Familien und Menschen mit normalem Einkommen das leisten?“, fragte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel in der Landtagsdebatte. Bezahlbarer Wohnraum sei die soziale Frage des nächsten Jahrzehnts, insbesondere im Ballungsgebiet. Schwarz-Grün trage zur Lösung des Problems nichts bei – im Gegenteil. Das Landgericht Frankfurt hat vor Kurzem die Mietbegrenzungsverordnung – also die Mietpreisbremse für Hessen – für unwirksam erklärt. Wesentlich für die Entscheidung sei gewesen, dass die Landesregierung ihre Verordnung nach Auffassung des Gerichts nicht begründet habe. „Die schlampige Arbeit der Landesregierung bei der Verordnung zur Mietpreisbremse wurde schonungslos offengelegt. „Mieterinnen und Mieter sind jetzt erheblichen Rechtsunsicherheiten ausgesetzt. Es drohen überhöhte Mieten. Denn Vermieterinnen und Vermieter werden die Mietpreisbremse nicht anwenden, wenn das Urteil des Landgerichts Frankfurt Bestand hat. Darauf hat die verantwortliche Ministerin Hinz keine Antwort geben können“, kritisierte Schäfer-Gümbel. ■

Thorsten Schäfer-Gümbel MdL

FOTO: PIETRO SUTERA

Das Alte Polizeipräsidium in Frankfurt wurde durch die Landesregierung verkauft.

FOTO: FOTOLIA.COM CARSTEN RATZKE, CC BY-SA 3.0

EMPFANG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Im Vorfeld des Internationalen Frauentages hatte die SPD-Fraktion zu ihrem traditionellen Empfang in den Hessischen Landtag eingeladen. Als Gastrednerin sprach die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Auch 100 Jahre nach der Verwirklichung des Frauenwahlrechts in Deutschland sei eine aktive Frauenpolitik notwendig, um bestehende Ungleichheiten zu beseitigen.

WICHTIGE IMPULSE ZUM OPFERSCHUTZ

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Zahlreiche Gäste konnten zur Diskussions- und Fachveranstaltung „Jeder kann Opfer werden“ begrüßt werden, auf der über Impulse und Verbesserungsmöglichkeiten zum Thema Opferschutz in Hessen diskutiert wurde. Die Ergebnisse werden nun ausgewertet und daraus Initiativen für Hessen entwickelt.

TIEFSCHLAF BEI DIGITALER BILDUNG

Laut der Bildungspolitikerin Kerstin Geis ist die digitale Bildung ist entscheidend für die Teilhabe an einer digitalisierten Welt. „Digitale Teilhabe ist soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche und in zunehmendem Maße auch politische Teilhabe. Es geht um die Ermöglichung der digitalen Selbstständigkeit. Dass sich die zunehmende Digitalisierung und Medienentwicklung auch unmittelbar auf den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und damit direkt auf ihre Zukunftschancen auswirken, hat die Landesregierung bis heute nicht verstanden“, sagte Geis. In den hessischen Schulen, in denen die Grundlagen gelegt werden müssten, herrsche in dieser Hinsicht Kreidezeit. Die Landesregierung müsse digitale Bildung endlich als zentralen Schlüssel zur Teilhabe an einer digitalisierten Welt begreifen. Die Gefahren dieser verschlafenen Entwicklung seien immens, so die Abgeordnete. ■

Kerstin Geis, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Wolfgang Decker, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

DEUTSCHLAND-RENTE ALS LADENHÜTER

„Die sogenannte Deutschland-Rente, die Idee einer von Aktien gestützten Altersversorgung, das die hessischen Minister Schäfer (CDU), Al-Wazir (Grüne) und Grüttner (CDU) bereits vor mehr als zwei Jahren gemeinsam vorgestellt haben, stößt bei denen, die Ahnung vom Rentensystem haben, auf wenig Gegenliebe“, sagte der Rentenexperte Wolfgang Decker. Eine Altersversorgung, die auf Aktienbesitz aufbaue, werde von den allermeisten Experten abgelehnt, sogar von den grünen Parteifreunden des hessischen Wirtschaftsministers. „Entweder haben wir es hier mit einem Rohrkrepierer zu tun oder mit einem Ladenhüter. Wie auch immer: Die Debatten im Bundestag haben gezeigt, dass das schwarz-grüne Modell einer Aktienrente keine Freunde hat, weil sie nicht funktionieren wird. Deshalb steht sie übrigens auch nicht im Koalitionsvertrag von SPD und CDU, so Decker. ■

KITA-ANHÖRUNG: EXPERTEN SETZEN AUF SPD

In einer Anhörung im Hessischen Landtag zu den beiden Kita-Gesetzentwürfen der SPD-Landtagsfraktion und der Fraktionen von CDU-Bündnis 90/Die Grünen bestand eine eindeutige Präferenz vonseiten der kommunalen Spitzenverbände, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaften für den SPD-Entwurf. „Unser Gesetzentwurf findet schon allein deshalb große Zustimmung, weil er im Gegensatz zum schwarz-grünen Entwurf deutliche Verbesserungen bei der Qualität vornimmt. Vonseiten der kommunalen Spitzenverbände wird begrüßt, dass wir bei der Finanzierung nicht auf kommunales Geld zurückgreifen. Das schwarz-grüne Modell der Begrenzung der Gebührenfreiheit auf sechs Stunden schafft zusätzlichen Ärger, weil unklar bleibt, wie mit Gebühren für darüber hinausgehende Betreuungszeiten umzugehen ist und wie die Teilnahme am Mittagessen vernünftig geregelt werden kann. Begrüßt wird unser Gesetzentwurf auch, weil die Zuschüsse des Landes nicht nur deutlich angehoben, sondern endlich auch dynamisiert werden und weil das Förderverfahren erheblich erleichtert wird“, zeigte sich der sozial- und familienpolitische Sprecher Gerhard Merz zufrieden. Insbesondere vonseiten der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaften werde bemängelt, dass der schwarz-grüne Gesetzentwurf die Qualität nicht genügend steigere. Problematisiert werde von allen Seiten der Fachkräftemangel. „Diesem Problem werden wir uns stellen müssen. Wir sind allerdings der Auffassung, dass wir diesem Problem nur begegnen können, wenn wir die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung verbessern. Bei den Arbeitsbedingungen setzt unser Gesetzentwurf an, indem endlich Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit und für die Leitungstätigkeit eingeführt werden. Damit werden wir den Teufelskreis durchbrechen und mehr Fachkräfte gewinnen können“, so der Familienpolitiker. ■

Gerhard Merz, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FRÜHLINGS-EMPFANG 2018

Auf dem diesjährigen Frühlingsempfang in den Räumen des Hessischen Landtags konnte die SPD-Fraktion wieder zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft begrüßen. Der einem breite Publikum aus der heuteshow bekannte Kabarettist Sebastian Pufpaff sorgte mit seinem Programm für Schmunzeln und Heiterkeit unter den Gästen. Das Saxophon-Quartett Famdüsax sorgte für die musikalische Untermalung des Abends. ■

FOTO: JULIA BETTENDORF

FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ IN WIESBADEN

FOTO: ELVEDIN GOLJICA

Gute Laune bei der Abschlusspressekonferenz: Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, Andrea Nahles, MdB, und Gert-Uwe Mende, Fraktionsgeschäftsführer.

Die SPD-Landtagsfraktion war die Gastgeberin der jüngsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz, auf der sich die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen der Länder, des Bundes und des EU-Parlaments getroffen haben. Die SPD will bei den geplanten Initiativen des Bundes für mehr bezahlbare Wohnungen aufs Tempo drücken. Sie werde bei dem Thema „jetzt Dampf machen“, sagte die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Andrea Nahles. „Ohne Zubau von Wohnungen wird es keine wirkliche Entlastung geben.“ Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel betonte, dass die schwarz-grüne Landesregierung schlüssige Antworten auf die bestehenden Probleme, insbesondere in der Frage nach bezahlbarem Wohnraum, vermissen lasse. ■

Christoph Degen, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

BILDUNGS-MISERE

Der bildungspolitische Sprecher, Christoph Degen, bekräftigte, dass die Zeit mit der schwarz-grünen Realitätsverweigerung in der Bildungspolitik vorbei sein müsse. „Fast 80 Prozent der Menschen halten nach einer aktuellen Umfrage Lehrermangel und Unterrichtsausfall für die größten Probleme in Hessen. Mogelpackungen und vorgeschobene Ahnungslosigkeit können nicht überdecken, wie katastrophal die Situation in Hessen inzwischen ist. Fehlende Förderlehrkräfte, zu wenige Qualifizierungen, kein vernünftiges Gesundheitsmanagement, weil Daten zu Krankheitstagen überhaupt nicht erhoben werden und ein enormer Sanierungsstau an Schulgebäuden zeigen die Realität an hessischen Schulen“, kritisierte Degen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häusl-David
Willy Witthaut
Elvedin Goljica
Luisa Hintz

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden